

IN KÜRZE

Junge Salafisten kennen Islam nicht

Bielefeld. Junge Menschen, die sich gewaltbereiten radikalislamischen Gruppen anschließen, wissen oft sehr wenig vom Islam. „Man kann sagen, sie bauen sich ihren eigenen Lego-Islam“, sagte am Montag Michael Kiefer vom Institut für Islamische Theologie der Universität Osnabrück. Er untersuchte in einer Studie der Uni Bielefeld eine gewalttätige salafistische Jugendgruppe. Die Mitglieder hatten so gut wie keine Bindung an Moscheegemeinden oder traditionelle Formen des Glaubens.

Österreich stoppt türkischen Minister

Wien. Österreich hat dem türkischen Wirtschaftsminister Nihat Zeybekci eine Einreiseerlaubnis verweigert. Zeybekci hatte seine Reise aus Anlass des Jahrestags des gescheiterten Putsches in der Türkei geplant. Das österreichische Außenministerium teilte mit, die Regierung glaube, dass Zeybekci lediglich vorhabe, öffentlich vor seinen Landsleuten aufzutreten. Dies aber könne die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden. Ankara kritisierte das Vorgehen als antidemokratisch.

Schulz gegen Dieselfahrverbote

Stuttgart. SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz ist gegen Dieselfahrverbote in Städten mit hoher Feinstaubbelastung. „Es macht keinen Sinn, solche Fahrverbote auszusprechen“, sagte Schulz bei einem Besuch der Audi-Werke im bayerischen Ingolstadt. In Stuttgart wurde beschlossen, von 2018 an bestimmte Straßen an Tagen mit hoher Feinstaubbelastung für Dieselfahrzeuge zu sperren. Auch München und weitere Städte erwägen dies. Schulz warnte vor einem zu frühen Abgesang auf den Diesel.

EU-Parlament droht London mit Veto

Brüssel. Vor der nächsten Runde der Brexit-Verhandlungen droht das Europaparlament mit einem Veto, falls Großbritannien sein Angebot für Bleiberechte der EU-Bürger im Land nicht nachbessert. Notfalls werde man die Zustimmung zum Austrittsabkommen verweigern, heißt es in einem Brief der wichtigsten Fraktionsvorsitzenden. Premierministerin Theresa May hatte allen 3,2 Millionen EU-Bürgern in Großbritannien die Möglichkeit eingeräumt, sich um ein Bleiberecht zu bewerben.

US-Außenminister vermittelt in Katar

Doha. US-Außenminister Rex Tillerson will in der Krise um den Golfstaat Katar vermitteln. Der US-Chefdiplomat werde bis Donnerstag zwischen Kuwait, Katar und Saudi-Arabien hin und her reisen, teilte sein Ministerium mit. Dabei werde er mit Kuwait zusammenarbeiten, das schon seit einiger Zeit versucht, die Krise zu entschärfen. Saudi-Arabien, Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten hatten ihre Beziehungen zu Katar abgebrochen und Verkehrsverbindungen gekappt.



Feiern ihren Sieg: Irakische Spezialeinheiten am Ufer des Tigris in Mossul – noch sind die Kämpfe jedoch nicht ganz vorbei.

FOTO: AP

Mossul ist befreit – doch dem Irak droht der Zerfall

Der „Islamische Staat“ hat seine Hochburg im Irak offenbar verloren – die Sieger aber haben mindestens sieben große Probleme zu lösen

Von Jan Kuhlmann

Mossul. Iraks Regierung feiert schon ihre Truppen. Nach rund neun Monaten haben die Armee und ihre Verbündeten die IS-Hochburg Mossul bis auf wenige Straßenzüge eingenommen. Doch dieser Sieg ist nur ein erster Schritt in Richtung einer besseren Zukunft des geschundenen Landes. Der Irak steht vor massiven Problemen. Es droht ein weiterer Zerfall des ohnehin schwachen Staates.

► **Problem 1: Der „Islamische Staat“.** Die Extremisten sind noch lange nicht besiegt. Iraks Regierungskräfte müssen noch die Städte Tel Afar und Hawidscha einnehmen, auch an der Grenze zu Syrien stehen weiterhin IS-Kämpfer. Die verbliebenen Dschihadisten dürften untertauchen und auf eine Guerillataktik setzen. Zu Terroranschlägen sind sie ebenfalls weiterhin in der Lage.

► **Problem 2: Der Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten.** Die Schiiten stellen nicht nur die Bevölkerungsmehrheit, sie dominieren auch die Regierung und die Ressourcen des ölreichen Landes. Die Sunniten – unter dem Diktator Saddam Hus-

sein an der Macht – beklagen sich seit Langem, dass sie an den Rand gedrängt werden. Solange die Sunniten nicht stärker eingebunden werden und es keinen Ausgleich zwischen den beiden größten Konfessionen gibt, wird der sunnitische IS Sympathien in der Bevölkerung finden.

► **Problem 3: Die schiitischen Milizen.** Sie sind neben der Armee die militärisch mächtigste Gruppe im Land und haben starken Einfluss auf die Politik. Offiziell sind sie in die Sicherheitsstrukturen der Regierung eingebunden, tatsächlich aber füh-

ren sie ein Eigenleben, das vom großen Nachbarn, dem schiitischen Iran, finanziert und stark bestimmt wird. Regierungschef Haidar al-Abadi muss es gelingen, ihre Macht zu beschneiden.

► **Problem 4: Der Wiederaufbau und die Hilfe für Vertriebene.** Im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ sind große Regionen des Landes verwüstet worden. Der Wiederaufbau dürfte Milliarden kosten. Mehr als drei Millionen Menschen sind zudem mittlerweile im Irak vertrieben und brauchen dringend internationale Unterstützung.

Syrien-Friedensgespräche starten in neue Runde

Der UN-Sondergesandte für Syrien hat am Montag in Genf eine neue Runde indirekter Gespräche zwischen der syrischen Regierung und Vertretern der Opposition eingeleitet. Es wird erwartet, dass die siebte Gesprächsrunde die ganze Woche andauert. Staffan de

Mistura traf sich zuerst mit Gesandten des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad. Ein Treffen mit Vertretern der Opposition ist ebenfalls vorgesehen. **Die von den Vereinten Nationen** angeführten diplomatischen Bemühungen sollen humani-

► **Problem 5: Die Korruption.** Kritiker werfen Vertretern der Regierung und des Staates vor, sie sähen ihre Hauptaufgabe darin, die eigenen Taschen zu füllen. Im Korruptionsindex von Transparency International steht der Irak auf Rang 166 von 176 Plätzen.

► **Problem 6: Die umstrittenen Gebiete.** Im Norden des Iraks gibt es große Regionen, um die sich die Zentralregierung in Bagdad und die Regierung der kurdischen Autonomiegebiete in Erbil streiten. Kurdische Peshmerga-Kämpfer konnten mehrere Gebiete unter Kontrolle bringen, darunter die ölfreiche Stadt Kirkuk. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Kurden wieder abrücken. Bislang haben beide Seiten den Streit bis auf die Zeit nach der Befreiung Mossuls vertagt.

► **Problem 7: Das Unabhängigkeitsstreben der Kurden.** Im September sollen die Kurden über die Unabhängigkeit in einem Referendum abstimmen. Zwar dürfte es für einen eigenen kurdischen Staat kaum internationale Anerkennung geben, doch würde ein Ja bei der Abstimmung die Fliehkräfte im Irak stärken.

Cyberplan – Trump macht Rückzieher

Washington. Nach heftiger Kritik auch aus den eigenen republikanischen Reihen macht US-Präsident Donald Trump einen Rückzieher: Er hält nun doch nichts von dem Plan, mit Russland bei der Cybersicherheit zusammenzuarbeiten. Trump hatte nach seinem Treffen mit Kremlchef Wladimir Putin am Rande des G-20-Gipfels in Hamburg die Absicht einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zu dem Thema verkündet – und angesichts der Russland angelasteten Hackerangriffe im US-Wahlkampf daheim teilweise sogar beißenden Spott geerntet.

Sich mit Putin auf eine Arbeitsgruppe zur Cybersicherheit zu verständigen, das sei so, „als ob Polizisten und Bankräuber übereinkommen, eine Arbeitsgruppe über Bankraub zu bilden“, meinte beispielsweise der Topdemokrat Chuck Schumer. Nun twitterte Trump: „Die Tatsache, dass Präsident Putin und ich eine Arbeitsgruppe zur Cybersicherheit erörtert haben, heißt nicht, dass das geschehen kann. Es kann nicht.“ Zuvor hatte der Präsident in einem Tweet klargemacht, dass er es an der Zeit hält, die Vorwürfe russischer Wahlbeeinflussung hinter sich zu lassen. Man müsse sich jetzt „nach vorn bewegen“ und „konstruktiv“ mit Moskau zusammenarbeiten. Als Beispiel für eine solche Kooperation hatte er die Waffenruhe für Syrien genannt.

Paris könnte 17 Reaktoren abschalten

Paris. Frankreich könnte nach Angaben von Umweltminister Nicolas Hulot in den kommenden acht Jahren bis zu 17 Atomreaktoren abschalten. Er begründete dies mit dem Ziel des französischen Energiewendegesetzes, den Atomanteil an der Stromproduktion bis 2025 auf 50 Prozent zu senken. Bislang kommen in dem Land etwa drei Viertel des Stroms aus Atomkraft.

„Jeder kann verstehen, dass wir eine gewisse Anzahl Reaktoren schließen werden, um dieses Ziel einzuhalten“, sagte Hulot im französischen Radiosender RTL. „Lassen Sie mich die Dinge planen, es werden vielleicht bis zu 17 Reaktoren sein, man muss sich das anschauen.“ Nach seiner Darstellung soll parallel der Verbrauch sinken und die Stromproduktion diversifiziert werden. Details oder einen klaren Fahrplan nannte er nicht. Frankreich hat 58 Reaktoren und damit den zweitgrößten Atompark der Welt. Die Senkung des Atomkraftanteils am Strommix war 2015 beschlossen worden. Allerdings schreibt das Gesetz nicht vor, Reaktoren zu schließen. Es deckelt lediglich die AKW-Leistung auf maximal 63,2 Gigawatt, dies entspricht der aktuellen Leistung.

Christian Lindner präsentiert sich als Popstar für die Mitte

Die FDP plant die Rückkehr in den Bundestag – und setzt dabei vor allem auf ihren selbstbewussten Parteichef

Von Valerie Höhne

Berlin. Christian Lindner will der Popstar im Berliner Politikbetrieb sein. Auf den neuen Wahlplakaten seiner Partei schaut der FDP-Chef cool, er trägt keine Krawatte. Die Fotos sind schwarz-weiß. Sie erinnern eher an Platten-Cover als an Wahlplakate. „Denken wir neu“, heißt das Motto der Kampagne, die die Liberalen gestern in Berlin vorgestellt haben. Und sie ist voll auf Lindner ausgerichtet.

Normalerweise werden Wahlkampagnen in Parteizentralen präsentiert. Die FDP aber hat sich einen unterirdischen Raum ausgesucht, in dem 87 Bildschirme drei Wände verdecken. Lindner zeigt sich entspannt und selbstbewusst: Bei der

Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai erreichten die Liberalen immerhin 12,6 Prozent, bundesweit sind die Umfragewerte gestiegen, der Wiedereinzug der FDP in den Bundestag ist sehr wahrscheinlich.

Auf den Plakaten steht neben den coolen Bildern von Lindner viel Text. Eigentlich ein Regelbruch, der aber zeigen soll: Die FDP scheue auch die inhaltliche Debatte nicht. Anders als CDU und SPD möchte Lindner den Solidaritätszuschlag nicht bis in die Mitte der 2020er Jahre zahlen. Er fordert ein Einwanderungsgesetz, nicht wie die CDU ein Fachkräftezuwanderungsgesetz.

Die Digitalisierung soll vorankommen, schneller als geplant. Es gehe Deutschland gut, deswegen

solle man jetzt handeln. „Vielleicht bereuen wir schon am Ende des Jahrzehnts, dass wir die günstige Lage nicht genutzt haben“, sagt er. Das Renteneintrittsalter soll flexibler werden. Menschen, die auf Grundsicherung angewiesen sind, aber privat vorgesorgt haben, sollen künftig mehr Geld als jene bekommen, die nicht vorgesorgt haben.

Lindner warnt vor einer erneuten Großen Koalition, die halte er rechnerisch für am wahrscheinlichsten. Trotz unterschiedlicher Meinungen bei Themen wie Rente, Solidaritätszuschlag und Digitalisierung betont er die Nähe zur CDU: „Die CDU setzt den Blinker richtig, es fehlt aber noch der Vorwärtsgang.“

Ein Zeichen für Schwarz-Gelb wolle er damit aber nicht setzen, be-

tont Lindner. Die FDP gehe in jedem Falle offen in mögliche Verhandlungen. Umfragen sehen die Liberalen derzeit bei 8 bis 9 Prozent, die Union liegt bei 38 bis 40 Prozent. Lindner sagt, die FDP verstehe sich als „Partei der Mitte für die Mitte. Wir wenden uns nicht an die Ränder.“

Um im September tatsächlich in Regierungsverantwortung in Berlin zu kommen, muss in den nächsten Wochen alles glatt laufen. Für die Kampagne gibt die Bundes-FDP insgesamt 5 Millionen Euro aus. Bisher soll auf 6000 Großflächen plakatiert werden. Der Kampagnen-Fotograf Olaf Heine arbeitet normalerweise mit Stars wie Iggy Pop und Bands wie Rammstein zusammen.



Im Mittelpunkt: Christian Lindner stellt die neue Kampagne der FDP zur Bundestagswahl vor.

FOTO: IMAGO